

Die Berufsbildungsforschung des Eidgenössischen Hochschulinstituts für Berufsbildung: Institutionalisierungsprozess inmitten zweier Spannungsfelder

CARMEN BAUMELER

Die Schweiz verfügt – ähnlich wie Österreich und Deutschland – über ein ausgeprägtes Berufsbildungssystem. Heute besuchen rund zwei Drittel der Jugendlichen die Berufsbildung, davon wird die Mehrheit dual ausgebildet. Bereits 1972 wurde in der Schweiz eine Organisation geschaffen, die sich mit Berufsbildung und deren Erforschung beschäftigen sollte: das Schweizerische Institut für Berufspädagogik (SIBP) – die Vorläuferorganisation des Eidgenössischen Hochschulinstituts für Berufsbildung (EHB).

Obwohl etwa zur selben Zeit gegründet, folgten die Berufsbildungsforschungsinstitute in der Schweiz, Österreich (Österreichisches Institut für Berufsbildungsforschung öibf) und Deutschland (Bundesinstitut für Berufsbildung BIBB) unterschiedlichen Entwicklungslinien. 2021, also fast 50 Jahre nach seiner Gründung 1972, wird das EHB gemäß Beschluss des Parlaments zur nationalen Pädagogischen Hochschule für die Berufsbildung und damit zum ersten Mal klar in der Schweizer Hochschullandschaft positioniert.

Im Folgenden wird die Geschichte des EHB mit Fokus auf die Berufsbildungsforschung skizziert. Im Zentrum stehen dabei die sich verändernden Organisationsumwelten der Berufsbildungs- und Hochschulpolitik, die das EHB formten. Ohne permanente und erfolgreiche institutionelle Arbeit (Lawrence & Suddaby 2006) der beteiligten Akteure wäre diese (Erfolgs-)Geschichte heute eine andere. Ein besonderes Augenmerk kommt der Legitimationsarbeit (Houben 2019) in den Spannungsfeldern Föderalismus und Berufsbildung versus Hochschulwelt zu.

Gründung und Aufbau des Schweizerischen Instituts für Berufspädagogik

Das SIBP wurde 1972 mittels Bundesratsbeschluss als erste gesamtschweizerische Institution für die Ausbildung von Lehrpersonen für Berufsschulen im gewerblich-industriellen Bereich geschaffen (Lustenberger 1982, 2010; Straumann 1997). Da mit dem Berufsbildungsgesetz von 1965 die Ausbildung von Lehrkräften für gewerbliche Berufsschulen und Lehrwerkstätten in die Zuständigkeit des Bundes gelangte, sollte

mit der Gründung des SIBP sichergestellt werden, dass diese durch fachlich und pädagogisch qualifizierte Personen erteilt wird.

Offiziell hatte das SIBP damals die folgenden Aufgaben: Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen an Berufsschulen, Errichtung einer schweizerischen Dokumentationsstelle für den beruflichen Unterricht, Begutachtung von Lehrmitteln und Unterrichtshilfen sowie Forschung auf dem Gebiet des beruflichen Unterrichts. Das neu geschaffene Institut war Teil der Bundesverwaltung. Ab 1973 bot das SIBP die Ausbildung von Lehrpersonen für Berufsschulen auch in der französischsprachigen, ab 1979 ebenfalls in der italienischsprachigen Schweiz an. Erwähnt wurde das Institut erstmals im revidierten Berufsbildungsgesetz von 1978. Ein Abschluss des SIBP oder eine gleichwertige Ausbildung galt fortan als Wahlvoraussetzung für hauptamtliche Berufsschullehrpersonen.

Aufgrund der Rezession in den 1970er-Jahren verhängte der Bund jedoch einen Personalstopp. Mit den stark gekürzten Mitteln priorisierte das SIBP primär die Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen. Auf den Aufbau eigener Forschung wurde verzichtet.

In den 1980er-Jahren löste das Aufkommen neuer Informationstechnologien und ihrer Folgen für die Qualifikationsbedürfnisse der Wirtschaft verschiedene Vorstöße im Schweizer Parlament aus, die sich auch auf die Berufsbildung bezogen. Ab 1989 finanzierte der Bund eine Weiterbildungsoffensive. Auch das SIBP erhielt zusätzliche finanzielle Mittel für den Ausbau der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte und der Infrastruktur im Bereich der neuen Technologien. Die Forschung jedoch stand weiterhin nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit.

Bildungspolitische Reformen in den 1990er-Jahren

Die 1990er-Jahre waren geprägt durch eine umfassende Strukturreform des schweizerischen Bildungssystems und eine andauernde Rezession mit Auswirkungen auf die Berufsbildung, die u. a. in der Reform des Berufsbildungsgesetzes 2002 resultierte. Beide Strömungen hatten zentralen Einfluss auf die Neupositionierung des SIBP in der Hochschulwelt und auf die Berufsbildungsforschung.

In den 1990er-Jahren wurde das Schweizer Hochschul- und Berufsbildungssystem umfassend reformiert. Die Schaffung der Berufsmaturität (Kiener & Gonon 1998) legte die Voraussetzung für das Fachhochschulgesetz 1995, das die Gründung von Fachhochschulen mit eigenem Forschungsauftrag verlangte (Oertle-Bürki 2008; Weber et al. 2010). Mit dem Argument der mangelnden internationalen Anerkennung wurden höhere Fachschulen in den Bereichen Technik, Wirtschaft und Gestaltung, die bislang im beruflichen Weiterbildungsbereich angesiedelt waren, in Fachhochschulen transformiert. Darauf folgte die Gründung der Fachhochschulen im Sozialbereich und schließlich – mit einiger Verspätung – im Gesundheitsbereich. Die Fachhochschulen verzeichneten die ersten Eintritte 1997 und vergaben die ersten Abschlüsse 2000.

Zeitlich etwas verzögert folgte die Reform und Tertiärisierung der Lehrkräfteausbildung. Die Gründung von Pädagogischen Hochschulen und ihre Einbindung in den Hochschulbereich erfolgte ab 2001 (Criblez 2010; Lehmann 2013): Ca. 150 Lehrerseminare auf Sekundarstufe II und postsekundäre Organisationen fusionierten zu 15 kantonal gesteuerten Pädagogischen Hochschulen. Im Gegensatz zur vorher weit verbreiteten Ausbildung auf Sekundarstufe II wurde der Leistungsauftrag dieser neuen Organisationen ausgeweitet und umfasste neben der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften auch Forschung und Dienstleistungen.

Weiter hatten die Rezession und der technologische Wandel in den 1990er-Jahren weitreichende Folgen für die Berufsbildung, wie etwa eine sinkende Ausbildungsbeurteilung der Betriebe (Strahm 2008). Ein Bericht des Bundesrates (1996) beschäftigte sich daher mit Fragen zur Notwendigkeit von Berufsbildungsreformen, wie der Qualität der Berufsbildung, dem Lehrstellenmangel und Qualifikationsdefiziten. Dieser Bericht bildete die Grundlage für eine Revision der Bundesverfassung 1999, die dem Bund die Zuständigkeit für das gesamte Berufsbildungssystem zuwies (Art. 63).

In diesem sich ändernden bildungspolitischen Kontext stellte sich auch die Frage nach der zukünftigen Positionierung des SIBP, das von seiner historischen Entwicklung her als Lehrerseminar konzipiert war. Aufgrund eines Postulats der Kommission für Wissenschaft, Kultur und Bildung zum zukünftigen Status des Instituts gründete das zuständige Bundesamt eine Arbeitsgruppe, die 1996 einen Bericht vorlegte. Die Autoren monierten, dass der unklare Status des Instituts als Verwaltungsabteilung eines Bundesamts den Aufbau einer Organisation erschwere, die von Hochschulen und Kantonen als Partnerinstitution ernst genommen werde. Der Forschung wurde ein mangelhaftes Zeugnis ausgestellt: *„Die Forschung für den beruflichen Unterricht wurde bisher nur ungenügend aufgebaut. [...] Ein mehrjähriges und verpflichtendes Forschungsprogramm mit Forschungsprioritäten ist bisher nicht vorhanden.“* (Bericht der Arbeitsgruppe 1996, S. 13)

Analyse der Berufsbildungsforschung Schweiz und Berufsbildungsgesetz 2002

Um die Jahrhundertwende erschienen gleich zwei Berichte, die den Zustand der Berufsbildungsforschung in der Schweiz kritisierten. Ein Bericht im Auftrag der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren charakterisierte die Berufsbildungsforschung als „unterentwickelt, punktuell, unkoordiniert, wenig akzeptiert“ (Kiener 1999: 20). Argumentiert wurde wie folgt: *„Im Anschluss an die Diskussion zur Schaffung einer gesamtschweizerischen Fachhochschullandschaft wurde auf allen Ebenen ein Überdenken des Stellenwertes und der Zukunft der Berufsbildung in Gang gesetzt. Mit der In-Frage-Stellung bestehender Konzepte und Strukturen musste festgestellt werden, dass in unserem Land kaum wissenschaftliche Grundlagen vorhanden sind, welche für die künftige Ausrichtung der Berufsbildung herangezogen werden könnten. [...] Dieses Kapazi-*

tätsdefizit – verglichen auch mit den umliegenden Ländern – konnte in der Schweiz bis heute nicht befriedigend behoben werden.“ (Kiener 1999, S. 5)

Der zweite Bericht kam zu einem ähnlichen Schluss: „[...] der Beitrag der Berufsbildungsforschung zur Berufsbildungspolitik [ist] sehr einseitig im Sinne einer punktuellen Auftragsforschung. Das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie hat ebenso wie einzelne kantonale Ämter für bestimmte politische Fragen Forschungsprojekte ausgeschrieben oder Forschungsmandate vergeben. Kontinuität und Kohärenz der Forschungsarbeit und Aufbau von Forschungskompetenz wurden bisher nicht erreicht.“ (BBT 2000, S. 6/7) Der Bericht schlug daher den Aufbau einer Forschungsförderung spezifisch für die Berufsbildungsforschung durch den Bund vor. Sowohl Kompetenznetzwerke für die Berufsbildungsforschung (sogenannte Leading Houses) als auch einzelne Projekte sollten gefördert werden.

Da der Bund seit 1999 verfassungsrechtlich für das gesamte Berufsbildungssystem zuständig war, musste auch das Bundesgesetz über die Berufsbildung überarbeitet werden. Diese Gesetzesreform resultierte in einer deutlichen Bekräftigung zum dualen System, führte zur Verstärkung der Steuerung auf nationaler Ebene und erweiterte die Zuständigkeit des Bundes auf zusätzliche Berufsfelder wie Pflege, Sozialwesen, Kunst und Land- und Forstwirtschaft. Das Gesetz gab auch Impulse zur Förderung der Berufsbildungsforschung. Zwei Artikel befassen sich explizit damit.

Artikel 4 legte fest, dass der Bund in Zukunft Studien, Pilotprojekte und Berufsbildungsforschung fördern kann. Artikel 48 schuf die gesetzliche Grundlage für die Neupositionierung des SIBP. Unter dem Titel „Förderung der Berufspädagogik; Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung“ heisst es hier: 1) Der Bund fördert die Berufspädagogik. 2) Er führt zu diesem Zweck ein Institut auf Hochschulstufe, das folgende Aufgaben hat: Bildung und Weiterbildung von Berufsbildungsverantwortlichen, insbesondere von Lehrkräften, soweit nicht die Kantone zuständig sind; b. Forschung, Studien, Pilotversuche und Dienstleistungen im Bereich der Berufsbildung und der berufsorientierten Weiterbildung.

Im Vorfeld dieses Entscheids gab es jedoch „ein hartes Ringen um eine Bundeslösung für die Berufsfachschullehrer-Ausbildung“ (Strahm 2008, S. 330). Es wurden Stimmen laut, die eine Kantonalisierung dieser Lehrkräfteausbildung forderten. In der Tat unterstehen in der föderalistischen Schweiz fast alle Bildungsbereiche und damit auch die Pädagogischen Hochschulen der kantonalen Hoheit. Die Berufsbildung liegt dagegen im Zuständigkeitsbereich des Bundes. Einige Kantone versuchten daher, die Lehrkräfteausbildung für die Berufsfachschulen an ihren Pädagogischen Hochschulen anzusiedeln. Intensive politische Verhandlungen führten letztlich zu einer von allen Landesteilen mitgetragenen Lösung: „Die gesetzliche Verankerung der bundeseigenen Lehrerbildungsinstitution erhielt schließlich eine Mehrheit der Kommissionen und des Parlaments, nachdem man den drei Landesteilen die Beibehaltung der bisherigen SIBP-Standorte zugesichert hatte.“ (Strahm 2008; S. 330)

Gründung und Aufbau des Eidgenössischen Hochschulinstituts für Berufsbildung

Da das Berufsbildungsgesetz 2002 die Schaffung eines Instituts auf Hochschulstufe festlegte, musste die Verordnung des SIBP revidiert werden. Diese Revision brachte *„eine Abkehr von der Konzeption einer seminaristischen Lehrkräfte-Bildung hin zu einem Hochschulinstitut mit erweitertem Leistungsauftrag zugunsten der gesamten Berufsbildung.“* (Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement 2005a, S. 2)

2007 wurde aus dem SIBP das EHB. Der neue Name sollte das Institut klar im Tertiärbereich ansiedeln. Vor dem Entscheid, das EHB zu schaffen, wurden erneut Angliederungslösungen an andere Hochschulen diskutiert. Das EHB verdankt seine Existenz u. a. dem Umstand, dass die Lehrkräfteausbildung für die Berufsbildung – etwa im Gegensatz zum Volksschulbereich – nicht vollständig tertiarisiert wurde und daher nicht in jedem Fall eine Maturität als Zulassung verlangte. Aufgrund des spezifischen Charakters der Berufsbildung, gemäß dessen auch Personen mit einem Abschluss der höheren Berufsbildung (Tertiär B-Stufe) und ohne formale Zugangsberechtigung zu einer Hochschule als Lehrpersonen qualifiziert werden können, konnte das EHB eigenständig bleiben: *„Die Berufsbildung benötigt deshalb ein starkes Zentrum, in dem die Bildung sämtlicher Berufsbildungsverantwortlicher mit größtmöglichem Bezug zur Arbeitswelt erfolgen kann.“* (Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement 2005b, S. 3) Diskutiert wurde auch, ob das EHB nicht besser gleich „Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung“ heißen sollte. Negative Rückmeldungen von kantonaler Seite veranlassten den Bund dazu, pragmatisch an der Bezeichnung Hochschulinstitut festzuhalten, um eine spätere Positionierung in der Schweizer Hochschullandschaft „entwicklungsoffen zu gestalten“ (Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement 2005b: 4) und damit zu vertagen.

Das neue Hochschulinstitut wurde aus der Bundesverwaltung entlassen. Es erhielt eine eigene Rechtspersönlichkeit und einen vierjährigen Leistungsauftrag des Bundesrats mit Globalbudget. Ein durch den Bundesrat gewählter EHB-Rat, in dem verschiedene Stakeholdergruppen der Berufsbildung (Kantone, Berufsfachschulen, Betriebe, Organisationen der Arbeitswelt, Hochschulen etc.) vertreten sind, übernahm neu die strategische Führung des Hochschulinstituts, die neu rekrutierte Hochschulleitung die operativen Geschäfte.

Teile der Berufsbildung äußerten bereits zu Beginn eine ambivalente Haltung gegenüber dem eigenen Hochschulinstitut, die sich im abwertenden, spezifisch schweizerischen Begriff der „Verakademisierung“ manifestierte. Wie Ständerat Stadler (2006: 1–2) (Uri/ CVP) anlässlich der Eröffnungsfeier des EHB sagte: *„Die Positionierung des Institutes auf Hochschulstufe ist für mich auch eine Frage der Anerkennung gegenüber der Berufsbildung und allen Akteuren der Berufsbildung und damit auch imagefördernd. [...] Ich wünsche mir ein Hochschulinstitut mit Bodenhaftung. Die berufspädagogische Aus- und Weiterbildung muss weiterhin einen zentralen Stellenwert haben. Gerade der große Praxisbezug ist eines der Qualitätsmerkmale unseres Berufsbildungssystems. Es darf deshalb nicht zu einer Verakademisierung der Berufspädagogik kommen.“*

Die neue Positionierung als autonomes Hochschulinstitut löste große organisationale Reorganisationsprozesse aus: So musste etwa eine eigene Informatik-, Finanz- und Personalabteilung aufgebaut werden. Da sich die drei Regionalinstitute in der Vergangenheit unterschiedlich entwickelt hatten, galt es, eine gemeinsame Kultur zu entwickeln und eine zentralisierte Führungsstruktur aufzubauen. Weiter ging es um eine landesweite Harmonisierung der Ausbildungsgänge für Berufsfachschullehrpersonen, die weiterhin auf Diplomstufe ausgebildet wurden, und den Aufbau von neuen Hochschulstudiengängen für die Berufsbildung.

Aufgrund des klaren Forschungsauftrags auf Hochschulebene erfolgte ab 2009 eine weitreichende Reorganisation der bestehenden Forschungsabteilungen, die bereits in Vorbereitung des sich abzeichnenden Hochschulstatus an den drei Regionalinstituten in der deutsch-, französisch- und italienischsprachigen Schweiz aufgebaut wurden. Da sich die Forschung an den drei Standorten unterschiedlich entwickelt hatte, galt es, ein national einheitliches Forschungsmanagement festzulegen. Zentral war die inhaltliche Definition von Forschungsschwerpunkten. Da die Berufsbildungspolitik und -praxis Fragen zur Nützlichkeit von Forschungsergebnissen stellte, fokussierten die Forschenden auf verschiedene Möglichkeiten des Wissenstransfers.

Die neue Ausrichtung auf Hochschulebene stellte neue Qualifikationsanforderungen an das Forschungspersonal, das zum Teil nachqualifiziert oder auch neu rekrutiert wurde. Mitarbeitende, die sich in der Berufsentwicklung spezialisiert hatten, wurden in eine neue Organisationseinheit transferiert. Da die Spezialisierung von Forschenden in ihren Fachgebieten eine langfristige Perspektive erfordert, war auch der Aufbau von organisationsinternen Forschungskapazitäten langfristig angedacht.

Ein weiterer Fokus lag auf der Drittmittelakquise und Diversifizierung des bestehenden Drittmittelportfolios. Als ehemaliger Teil der Bundesverwaltung war die Forschung des EHB zu Beginn weitgehend bundesfinanziert. Falls Forschende Drittmittel einwarben, beschränkten sich diese hauptsächlich auf eine weitere Finanzierung des zuständigen Bundesamts oder – in der italienischen Schweiz – eines Kantons. Durch die erfolgreiche Professionalisierung des Forschungspersonals gelang es nach einigen Jahren, Projekte des Schweizer Nationalfonds zu akquirieren. Das Forschungsportfolio wurde erweitert durch zusätzliche Leading House- und EU-Projekte. Die intensivierte Arbeit mit Vertreterinnen und Vertretern der Berufsbildungspolitik und -praxis erlaubte weiter die zunehmende Akquise von Auftragsforschungsprojekten.

Seit 2009 organisiert das EHB alle zwei Jahre alternierend zum österreichischen Berufsbildungskongress einen englischsprachigen VET Congress, der jeweils gut besucht ist. Das EHB fördert und betreut auch den wissenschaftlichen Nachwuchs für die Berufsbildung, obwohl das EHB selbst kein Promotionsrecht hat und die Doktorierenden ihre Promotionen an Universitäten einreichen.

Da der Bundesrat vom EHB eine Analyse von Trends und Lösungsvorschläge zur Bewältigung künftiger Herausforderungen forderte, erfolgte 2016 mit der Gründung des Schweizerischen Observatoriums für Berufsbildung ein erneuter Organisationsaufbau in der Forschung. Ein Trendmonitoring sowie die Publikation regelmäßiger

Trendberichte und ihre Präsentation an Tagungen für die Berufsbildungspolitik und -praxis wurden in dieser Etappe realisiert.

Neuere Entwicklungen hin zur Eidgenössischen Hochschule für Berufsbildung

Die schweizerischen Bemühungen um eine stärkere Koordination und Qualitätssicherung im Hochschulbereich führte 2015 zum Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz, das nur drei Hochschultypen vorsah: universitäre Hochschulen, Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen. Für ein Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung mit einem unklaren Hochschulstatus (Institut welcher Hochschule?) war kein Platz vorgesehen. Da ein vom Bund in Auftrag gegebenes rechtliches Gutachten zum Schluss kam, dass auch das EHB sich als Hochschule akkreditieren lassen muss, stand die Klärung seines Hochschulstatus an.

Da der Charakter des EHB einer Pädagogischen Hochschule entspricht, lag es nahe, das EHB als nationale Pädagogische Hochschule zu positionieren. Ein eigenes EHB-Gesetz, das dem Parlament 2020 vorgelegt wurde, sollte diesen Status bestätigen (Schweizerische Eidgenossenschaft 2019). Dabei manifestierte sich erneut der föderalistische Konflikt, da insbesondere gewisse kantonale Vertreter keine solche Positionierung wünschten. Bei der Beratung des EHB-Gesetzes revitalisierten die Parlamentarier auch die Besorgnis einer unerwünschten Akademisierung (Geschäft des Bundesrates 2020). Wie Ständerat Mathis (Zug, FDP) sagte: *„Ich komme [...] zum Unbehagen, das uns irgendwie dabei beschlichen hat, dass die Berufsbildung verakademisiert wird, weil man ja eine neue Hochschule gründet. Die Meinung der Kommission ist klar: das EHB als neue Hochschule soll auf dem praktischen Boden der Schweizer Berufsbildung bleiben. [...] Wir wollen keine akademische Expertenschwemme in der Berufsbildung, sondern praxisorientierte Lehrkräfte.“* Der für das Dossier zuständige Bundesrat Parmelin entgegnete [eigene Übersetzung]: *„Akademisch bedeutet vor allem ein hohes Mass an Qualität, das ist es, was wir erwarten. Was wir jedoch nicht wollen, ist, dass die Verbindung zur Praxis schwächer wird und das EHB zu einem Elfenbeinturm wird. Es ist daher wichtig, dass die Studiengänge ihre spezifischen Merkmale beibehalten. Die Bachelor- und Masterstudiengänge müssen sich in der Hochschullandschaft profilieren, und die Programme für Lehrkräfte und andere Berufsbildungsverantwortliche müssen sich in der Berufsbildungslandschaft etablieren.“*

Nach intensiver politischer Auseinandersetzung gelang schließlich die parlamentarische Verabschiedung des EHB-Gesetzes. Ab 2021 ist die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung die erste nationale Pädagogische Hochschule der Schweiz.

Fazit: Institutionalisierungsprozess inmitten zweier Spannungsfelder

Die fast 50-jährige Geschichte des ehemaligen SIBP verweist auf einen erfolgreichen Institutionalisierungsprozess mit klarer Positionierung als zukünftige Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung sowie dem erfolgreichen Aufbau eigener Berufsbildungsforschung. Am EHB forschen heute um die 50 Mitarbeitende multidisziplinär und mehrsprachig und führen pro Jahr 40 bis 50 Forschungsprojekte durch – in der Grundlagenforschung des Schweizer Nationalfonds und der Leading House-Förderung, in EU-Projekten, mithilfe der Finanzierung durch Stiftungen bis hin zur Auftragsforschung für Bund, Kantone, Organisationen der Arbeitswelt, Firmen und Berufsfachschulen. Heute ist das EHB die größte Forschungsorganisation für die Berufsbildung in der Schweiz und ab 2021 die einzige Hochschule, die sich ausschließlich der Berufsbildungsforschung widmet.

Die sich im Laufe der Zeit verändernden Organisationsumwelten der Berufsbildungs- und Hochschulpolitik formten den Charakter des ehemaligen Instituts, das meist Reformen im Sinne eines Isomorphismus nachvollziehen musste. Erfolgreiche institutionelle Arbeit führte zur Aufrechterhaltung einer Organisation, die in der Vergangenheit mehrfach infrage gestellt wurde. Dabei ist zu beachten, dass institutionelle Aufrechterhaltung nicht die unumstrittene, relativ unproblematische und als selbstverständlich angesehene Reproduktion einer institutionellen Ordnung ist. Institutionen werden aktiv reproduziert, und harte Arbeit ist erforderlich, um ihre Stabilität zu gewährleisten (Lawrence & Suddaby 2006).

Mit dem politischen Entscheid zur Gründung einer nationalen Pädagogischen Hochschule kommt dieser Institutionalisierungsprozess nun zu einem vorläufigen *Happy End*. Rückblickend hat erst die Positionierung als Hochschulinstitut auf Tertiär A-Ebene mit einem klaren Forschungsauftrag erlaubt, dass das Institut einen Akademisierungs- (sprich: das Recht, akademische Titel zu verleihen) und damit verbundenen Verwissenschaftlichungsprozess (Criblez 2010) durchlief, der den nachhaltigen Aufbau von wissenschaftlicher Expertise für die Berufsbildung ermöglichte. Dabei zeigten sich zwei primäre Spannungsfelder: ein föderalistischer Konflikt zwischen Bund und Kantonen bezüglich der Frage, wer zuständig für die Lehrkräfteausbildung für die Berufsbildung ist, und ein Wertekonflikt zwischen Berufsbildung und Hochschulwelt hinsichtlich einer unerwünschten Akademisierung der Berufsbildung.

Dieser zweite Konflikt verweist auf das in der Schweiz stark ausgeprägte Bildungs-Schisma (Baethge 2006), einer Segregation zwischen Berufsbildung versus Allgemein- und Hochschulbildung, die unterschiedlichen institutionellen Ordnungen folgen und damit auch unterschiedliche Wertehierarchien produzieren. In der Regel folgen kulturell tradierte Wertvorstellungen von Bildung der Annahme, geistige Arbeit habe einen höheren Stellenwert als körperliche Arbeit, was in einer Höherwertigkeit allgemeiner und akademischer Bildung resultiert (Bohlinger 2013). In der Schweiz zeigt sich hier zuweilen das gegensätzliche Bild: Der Hochschulbildung wird

seitens der Berufsbildung Praxisferne attestiert, was sich im abwertenden Begriff der „Verakademisierung“ manifestiert.

In diesem herausfordernden Umfeld hat das EHB selbst wie auch seine Berufsbildungsforschung zwei primäre Bezugssysteme (Euler, Walden & Weiss 2010): die Berufsbildungspolitik und -praxis auf der einen Seite und die Hochschulwelt auf der anderen. Beide Welten haben unterschiedliche Logiken und Bewertungscodes, die es zu erfüllen gilt – ein anspruchsvoller Spagat für die Forschenden, die sowohl exzellente Leistung in der Welt der Wissenschaft erbringen als auch die Fähigkeit haben müssen, Forschungsergebnisse für die Berufsbildungswelt verständlich und praxisnah aufzubereiten, damit sie als Grundlage für das weitere Handeln dienen und somit als wertvoll gelten.

Die Positionierung einer Hochschule im Feld der Berufsbildung, die sich aufgrund des tief verankerten Bildungs-Schismas regelmäßig gegenüber der akademischen Welt abgrenzt, erfordert einen vorsichtigen Grenzgang und ständige Legitimationsarbeit (Houben 2019). So wird es auch in Zukunft wichtig bleiben, den Wert der Forschung für die alltägliche Berufsbildungspolitik und -praxis zu belegen.

Literatur

- Baethge, Martin (2006). Das deutsche Bildungs-Schisma: Welche Probleme ein vorindustrielles Bildungssystem in einer nachindustriellen Gesellschaft hat. SOFI-Mitteilungen, 34, 13–27.
- BBT (2000). Thesen zur Berufsbildungsforschung und Organisation des Leistungsbereichs. Bericht der Projektgruppe applikationsorientierte Berufsbildungsforschung des BBT. Bern: BBT.
- Bericht der Arbeitsgruppe (1996). Zukünftiger Status des Instituts. SIBP Schriftenreihe Nummer 2d. Zollikofen: SIBP.
- Bohlinger, Sandra (2013). Wertigkeit von (beruflicher) Bildung und Qualifikationen. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.
- Bundesrat (1996). Bericht des Bundesrats. Bundesgesetz über die Berufsbildung. Bern: BBT.
- Criblez, Lucien (2010). Die Reform der Lehrerinnen- und Lehrerbildung in der Schweiz seit 1990: Reformprozesse, erste Bilanz und Desiderata. In Hans Ambühl & Willi Stadelmann (Hrsg.), Tertiärisierung der Lehrerinnen- und Lehrerbildung. Bilanztagung 1. Bern: EDK. 22–58.
- Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (2005a). Verordnung über das Eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung. Erläuternder Bericht für die Vernehmlassung. Bern: EVD.
- Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (2005b). Verordnung über das Eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB). Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens. Bern: EVD.

- Euler, Dieter/Walden, Günter/Weiss, Reinhold (2010). Zwischen wissenschaftlicher Exzellenz und Praxisgestaltung: Berufsbildungsforschung im BIBB. In: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). 40 Jahre BIBB. 40 Jahre Forschen – Beraten – Zukunft gestalten. Bonn: BIBB. 59–69.
- Geschäft des Bundesrates (2020). EHB-Gesetz. <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20190070>
- Houben, Daniel (2019). Theorieentwicklungen des soziologischen Neoinstitutionalismus und seine Potentiale für die Educational Governance-Perspektive. In Roman Langer & Thomas Brüsemeister (Hrsg.), Handbuch Educational Governance Theorien. Wiesbaden: Springer VS. 147–179.
- Kiener, Urs (1999). Berufsbildungsforschung in der Schweiz: Grundlinien eines Konzepts. Expertenbericht. Bern: EDK.
- Kiener, Urs/Gonon, Philipp (1998). Die Berufsmatur. Ein Fallbeispiel schweizerischer Berufsbildungspolitik. Chur, Zürich: Rüegger.
- Lawrence, Thomas B./Suddaby, Roy (2006). Institutions and institutional work. In Stewart R. Clegg, Cynthia Hardy, Thomas B. Lawrence & Walter R. Nord (Eds.), The SAGE Handbook of Organization Studies. London: SAGE. 215–254.
- Lehmann, Lukas (2013). Zwang zur freiwilligen Zusammenarbeit. Steuerungsinstrumente und interkantonale Governance in der schweizerischen Lehrerinnen- und Lehrerbildung. Bern: hep.
- Lustenberger, Werner (1982). Das Schweizerische Institut für Berufspädagogik. Aufbau und erste Erfahrungen von 1972–1982. Bern: SIBP.
- Lustenberger, Werner (2010). Das Schweizerische Institut für Berufspädagogik: Vorläufer, Gründung, Aufbau. Bern: hep.
- Oertle-Bürki, Cornelia (2008). Fachhochschulen Gesundheit in der Schweiz. Konzeption und Aufbau im Umfeld der allgemeinen Fachhochschulentwicklung. Bern: Peter Lang.
- Schweizerische Eidgenossenschaft (2019). Botschaft zum Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz). <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2020/661.pdf>
- Stadler, Hansruedi (2006). EHB – das Kompetenzzentrum für Berufsbildung. Zollikofen: EHB.
- Strahm, Rudolf H. (2008). Die entscheidenden Neunzigerjahre. Das Ringen um Reform und Aufwertung der Berufsbildung 1995 bis 2005. In Tibor Bauder & Fritz Osterwalder (Hrsg.), 75 Jahre eidgenössisches Berufsbildungsgesetz. Politische, pädagogische, ökonomische Perspektiven. Bern: hep. 311–350.
- Straumann, Martin (1997). 25 Jahre Schweizerisches Institut für Berufspädagogik – SIBP. Anmerkungen zur Entstehung, zur Lage und zur Zukunft einer Lehrerbildungsstätte. Beiträge zur Lehrerinnen- und Lehrerbildung, 15, 2, 151–157.
- Weber, Karl/Tremel, Patricia/Balthasar, Andreas/Fässler, Sarah (2010). Programmatik und Entwicklung der Schweizer Fachhochschulen. Bern: Universität Bern.